

**P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **16.09.2019** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-WALV/029

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: 18:38 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:37 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: 19:17 Uhr

---

**Anwesend:** **Vorsitzender**

Plaß, Barthold

**stellv. Vorsitzender**

Kaever, Volkhard, Dr.

**Mitglied/Mitglieder**

Apel, Robert ab TOP 3

Dralle, Karl-Heinz

Frick, Anne

Kirstein, Lukas

ab TOP 4 bis Ende öffentlicher Teil

Lentz, Stefan

Meyer, Andreas

Morich, Hans-Dieter

**Beratende/s Mitglied/er**

Arand, René

Berwing, Andreas

Meyer, Karl-Heinz

**Gast/Gäste**

Adams, Christian

zu TOP 4

**Verwaltung**

Baxmann, Alfred

Frommelt, Danielle

Krause, Julia

Scholz, André

bis TOP N3

**TAGESORDNUNG**

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 22.08.2019
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 3.1. Umbau von Parkplätzen in der Saalestraße  
Vorlage: M 2019 1031
  - 3.2. Straßenverkehrslärm, Berechnungen nach RLS-90  
Vorlage: M 2019 1021
4. Mobilitätskonzept / Verkehrsmengenzählung - Bericht der Firma SHP Ingenieure
5. Freies Parken für Elektrofahrzeuge in der gesamten Stadt Burgdorf; Antrag der CDU/FDP-Gruppe im Rat der Stadt Burgdorf vom 06.06.2019  
Vorlage: A 2019 0996
6. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
7. Anregungen an die Verwaltung  
Einwohnerfragestunde

#### Öffentlicher Teil

#### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Plaß**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

#### **Beschluss:**

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

#### **2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 22.08.2019**

---

**Herr Morich** teilt mit, dass im Protokoll unter TOP 9 seine Anregung zum Vorschlag einer Stadtwette fehlt. Städte wie Soltau, Meppen und Bad Nenn-dorf haben schon an einer Stadtwette teilgenommen. Eine solche Idee würde er auch für Burgdorf gut finden.

**Herr Arand** teilt mit, dass er noch eine Anmerkung zu einem Punkt im nichtöffentlichen Teil des Protokolls hat.

In Bezug auf das Protokoll zur Sitzung vom 13.06.2019 hat **Herr Arand** inzwischen seinen Ergänzungswunsch eingereicht. Es wird vereinbart, dass dieser über das Protokoll mitgeteilt wird.

#### Nachrichtlich über Protokoll:

*In der Email vom 05.09.2019 hat Herr Arand folgendes mitgeteilt: „In der*

*Anfrage der CDU-Fraktion vom 12.04.2019 (Vorlage F 2019 0904) heißt es u.a.: .... In Recherchen im Blick auf den durch einen Notruf mit der entsprechenden Rettungspunktnummer ausgelösten Hilfefall mussten wir feststellen, dass unseren Bürgern eine Hilfeleistung angeboten wird, die nur eingeschränkte Wirkung besitzt. Diverse Aussagen in der Anfrage sind nicht korrekt. Zum einen hat es bisher keinen Hilferuf unter Bezugnahme auf das NOS-Rettungssystem gegeben. Zumindest nicht bis zum 12.06.2019, wie meine Rückfrage bei der Rettungsleitstelle ergeben hat. Das System wurde unter Einbeziehung / Abstimmung der Rettungsleitstelle, des Roten Kreuzes und der Feuerwehr Burgdorf eingerichtet. Insbesondere die Rettungswagen (DRK, Polizei) verfügen über eine entsprechende Technik und können von der Rettungsleitstelle "Punkt genau" geleitet werden. Die Anfrage suggeriert, dass das System nicht einsatzfähig sei und seine Wirkung verfehlt - diese Aussage ist schlichtweg falsch!"*

Zur Abstimmung über das Protokoll sind Herr Apel und Herr Kirstein noch nicht anwesend.

**Beschluss:**

Das Protokoll zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr vom **22.08.2019** wird mit 7 Jastimmen einstimmig genehmigt.

**3. Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

Es werden keine mündlichen Mitteilungen vorgetragen.

**3.1. Umbau von Parkplätzen in der Saalestraße  
Vorlage: M 2019 1031**

---

**Herr Morich** lobt den heutigen Bericht der Presse zu dem Thema. Die heutige Zeit erfordert mehr Parkplätze, so dass er den Umbau nur befürworten kann.

**3.2. Straßenverkehrslärm, Berechnungen nach RLS-90  
Vorlage: M 2019 1021**

---

**Herr Morich** teilt mit, dass der Straßenverkehr, und damit auch der Lärm, deutlich zugenommen haben. Es wird schwierig werden, die Lärmbelästigung in den Griff zu bekommen.

**4. Mobilitätskonzept / Verkehrsmengenzählung - Bericht der Firma SHP Ingenieure**

---

**Herr Adams** von der Ingenieurgesellschaft SHP (Hannover) stellt sich vor und berichtet, dass seitens der SHP schon diverse Projekte für die Stadt

Burgdorf begleitet wurden. Nunmehr möchte er über den „Masterplan Mobilität 2030/35“ informieren. Früher nannte man diesen „Verkehrsentwicklungsplan“. Das Aufgabengebiet umfasst den Straßenentwurf, die Verkehrsplanung und die Verkehrssteuerung. In einem solchen Masterplan sollen u.a. die Mobilitätskultur oder die sinnvolle Ergänzung des Straßennetzes beleuchtet werden. Im Focus stehen dabei die Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und die verträgliche Gestaltung. Als Grundlage dienen Verkehrszählungen, um damit diverse Szenarien bewerten zu können.

**Herr Adams** stellt eine Straße aus Bad Rothenfelde mit einem kurzen Film in seiner Präsentation vor. Diese wurde erfolgreich als Begegnungszone umgestaltet.

**Herr Baxmann** teilt mit, dass in dem Kurzfilm kein Liefer- und Busverkehr zu sehen ist. Ein solcher Verkehr ist jedoch in der Marktstraße einzuplanen. **Herr Adams** antwortet, dass man auch in Bad Rothenfelde in Bezug auf die Geschwindigkeiten und die Aufteilung des Straßenraumes Sorgen hatte. Diese wurden aber nicht bestätigt. Ob diese Maßnahme allerdings passend für die Marktstraße ist, müsste geprüft werden. Auch das Thema Parken und Liefern wurde in Bad Rothenfelde thematisiert. Nach einer Beobachtungsphase wurden diese Bereiche mittels Bänken geschützt. Durch die farblichen Pflasterungen wird die Wirkung in Bezug auf die Querungsmöglichkeiten und die Geschwindigkeit unterstützt.

**Herr Morich** findet den Umbau dort sehr gelungen und erkundigt sich, ob es für diesen Umbau Zuschüsse gegeben hat. Dies bejaht **Herr Adams**.

**Herr Arand** fragt nach, ob es sich dort um eine Haupteinkaufsstraße handelt. **Herr Adams** antwortet, dass es dort zwar Geschäfte gibt, die Straße ist jedoch nicht mit der Marktstraße in Burgdorf zu vergleichen. Er ergänzt, dass es nur ein Beispiel für einen gelungenen Umbau ist, welcher aber nicht zwingend auf die Marktstraße übertragbar ist.

**Herr Adams** informiert, dass aus Verwaltung und Gutachter ein Projektteam gebildet wird. Dieses muss im Beteiligungsverfahren tätig werden, welches auch die Bürgerbeteiligung umfasst. Ein reger Austausch zwischen den Beteiligten ist zwingend erforderlich.

**Herr Adams** erläutert, dass er mit seiner Präsentation einen Überblick geben möchte, der aufzeigt, wie ein Masterplan aussehen könnte. Seine Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt.

**Herr Dr. Kaefer** teilt mit, dass es der Wunsch ist, den Verkehr zu verringern und zu verlagern. Aber er sieht den langen Zeitraum von 10-15 Jahren als kritisch. **Herr Adams** antwortet, dass der Masterplan zur Weichenstellung dient. Es gibt jedoch auch Produkte daraus, die kurzfristig umsetzbar sind. Der Zeitrahmen für die Erstellung beträgt 1-2 Jahre. Die Maßnahmen sollen dann nach und nach umgesetzt werden.

**Frau Frick** ist der Meinung, dass ein solcher Plan, gerade auch im Hinblick auf die Zukunft der Hochbrücke und die sich daraus ergebenden Verkehrsflüsse, sinnvoll ist.

**Herr Arand** erkundigt sich nach der Zeitplanung. Er fragt sich, ob man nach anfänglicher Datensammlung nach 1-2 Jahren die ersten Entwürfe zum Masterplan erhält. Dies verneint **Herr Adams**. Die Ergebnisse der Datensammlung können zwischendurch bekanntgegeben werden. Es ist angedacht, den

kompletten Plan in 1-2 Jahren fertigzustellen. Das große Ziel ist es, alles insgesamt zu betrachten und nicht stückchenweise.

**Herr Plaß** erkundigt sich nach der Vorgehensweise. **Herr Adams** berichtet, dass man sich zunächst einigen muss, ob ein solches Gesamtprojekt gewünscht wird. Wenn dies der Fall ist, würde SHP ein Angebot abgeben. Er weist jedoch darauf hin, dass ein solches Projekt auch Geld kostet und man mit einem Betrag im sechsstelligen Bereich rechnen muss. Allerdings stecken auch 1-2 Jahre Bearbeitungsdauer in dem Projekt.

**Herr Morich** lobt den Bericht von Herrn Adams. Langfristig gesehen kann man die Stadt aufwerten, was eine Qualitätsverbesserung für Burgdorf bedeutet.

**Herr Kirstein** findet, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt. Mit einem Masterplan können Ideen aufgezeigt werden. Man muss jedoch berücksichtigen, dass nicht nur die Erstellung eines solchen Planes Geld kostet, sondern auch die spätere Umsetzung der Maßnahmen daraus. Er befürwortet die Erstellung eines Masterplans.

**Herr Arand** erkundigt sich, ab wann in etwa mit einer tatsächlichen Umsetzung von Handlungsempfehlungen zu rechnen ist. **Herr Adams** erläutert, dass in den Wintermonaten eine Verkehrserhebung nicht sinnvoll ist. Das sollte frühestens ab März eines Jahres erfolgen, da jeder Verkehrsbereich zu betrachten ist. Diese Ergebnisse würden dann voraussichtlich im Sommer vorliegen. Aus den Analysen kann man dann erste Schlüsse ziehen, um daraus Handlungsempfehlungen erstellen zu können. Aber das eigentliche Ziel ist das Gesamtkonzept und das kann man nicht konkret in Zeit fassen. Es kommt auch stark auf den Beteiligungsprozess an, welcher ein wichtiger Zeitfaktor ist.

Weiterhin fragt **Herr Arand**, wie die Burgdorfer Bürger eingebunden werden. **Herr Adams** berichtet, dass die Analyseergebnisse zum Beispiel in einer Informationsveranstaltung den Bürgern mitgeteilt werden können. Ein wichtiger Punkt dabei ist, dass die Bürger Mängelbereiche aufzeigen sollen, die dann in die Analyse einfließen können.

**Herr Baxmann** erinnert an den Stadtstraßenumbau 2009/2010, wo auch eine Bürgerbeteiligung erfolgt ist. Ein solcher Prozess dauert seine Zeit, vielleicht sogar Jahre. Die Frage ist aber, ob man eine einheitliche Meinung damit erzielt. Seiner Meinung nach wird es wahrscheinlich ein Mehrheitsbeschluss.

**Herr Dralle** möchte wissen, inwiefern Straßensanierungen, wie z. B. jetzt die Immenser Straße, oder die Neuerschließung von Baugebieten die Erstellung des Masterplans stören können. **Herr Adams** erläutert, dass man sich den Verkehr im Rahmen der Analyse anguckt. Während einer Baumaßnahme macht dies jedoch keinen Sinn. Dann muss man die Analyse zurückstellen oder mit geschätzten Werten arbeiten. Eine Rücksprache mit der Verwaltung ist dann zwingend erforderlich.

**Herr Dr. Kaefer** verweist auf die Marktstraße. Dort ist die Tempo-20-Zone nicht erfolgreich, es kommt immer wieder zu Problemen. Hier muss kurzfristig etwas passieren, damit der Durchgangsverkehr nicht mehr dort fährt. **Herr Adams** teilt mit, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht als Gesamtheit zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden sollen. Es soll eine

Planungskultur festgelegt werden, die aber für die nächsten Jahre dauerhaft umsetzbar ist. Es handelt sich um eine Mobilitätsplanung für die Zukunft.

**Herr Morich** schlägt vor, dass man sich die Umbaumaßnahmen in den anderen Städten vor Ort anguckt, damit man einen besseren Eindruck gewinnt.

**Herr Plaß** findet, dass das Thema in den folgenden Sitzungen weiter besprochen werden sollte, um dann konkret zu entscheiden, wie es weiter gehen soll. **Herr Baxmann** weist darauf hin, dass ein solcher Masterplan dann auch in den Haushaltsberatungen berücksichtigt werden muss, um Mittel einzustellen. **Herr Plaß** teilt mit, dass man zunächst ein Angebot für die Erstellung eines Masterplans einholen muss, um eine konkrete Vorstellung zur Höhe der Kosten zu bekommen.

**5. Freies Parken für Elektrofahrzeuge in der gesamten Stadt Burgdorf; Antrag der CDU/FDP-Gruppe im Rat der Stadt Burgdorf vom 06.06.2019  
Vorlage: A 2019 0996**

---

**Herr Apel** stellt den Antrag vor. Seiner Meinung nach ist E-Mobilität ein wichtiges Thema. Mit diesem Antrag besteht die Möglichkeit, kurzfristig ein Zeichen zu setzen. Man benötigt jedoch noch weitere Angaben seitens der Verwaltung über eine Vorlage, um die Kriterien abschätzen zu können.

**Herr Baxmann** teilt mit, dass die Nutzung solcher Parkplätze kontrolliert werden muss. Wie bereits bekannt, muss für eine umfassende Kontrolle das Personal aufgestockt werden.

**Herr Dralle** befürwortet den Antrag, sofern die Umsetzung möglich ist.

**Herr Lentz** teilt die Meinung nicht. Seiner Meinung nach sind dies die falschen Ansätze. Die Ökobilanz ist bei E-Autos schlechter als bei „normalen“ Autos und somit wird ein falscher Anreiz gesetzt. Es ist damit zu rechnen, dass E-Fahrzeuge eher teurer werden und sich somit nicht jeder ein solches Fahrzeug leisten kann. Und die, die es sich leisten können, erhalten dann auch noch die Vergünstigung beim Parken. Daher befürwortet er den Antrag nicht.

**Herr Dr. Kaefer** meint, dass sich die Anzahl der E-Autos in den nächsten Jahren steigern wird. Er findet, dass man das freie Parken probieren sollte, allerdings unter Berücksichtigung einer Höchstparkdauer.

**Herr Kirstein** schlägt als Ergänzung des Antrages vor, die vorhandenen Schilder entsprechend zu überkleben, damit keine neuen Schilder angeschafft werden müssen.

**Herr Arand** findet, dass das freie Parken nur in festgelegten Bereichen erfolgen sollte. Er fragt nach, ob es lediglich eine gewisse Anzahl von Parkplätzen geben soll. **Herr Apel** teilt mit, dass die Höchstzahl an Parkplätzen, die die Verwaltung zur Verfügung stellt, angestrebt wird. **Herr Arand** möchte wissen, ob auch andere Fahrzeuge dort parken dürfen, wenn kein E-Auto dort abgestellt ist. Dies verneint **Herr Apel**.

**Herr Arand** stellt fest, dass E-Autos häufig dort parken, wo sich auch eine Ladesäule befindet. Die Konsequenz wäre, dass solche Säulen gebaut werden müssten.

**Herr Scholz** schlägt vor, dass die bestehende Parkgebührenordnung dahingehend geändert wird, dass E-Autos auf den bewirtschafteten Parkflächen, ohne besondere Kennzeichnung, kostenlos parken dürfen. Allerdings unter Verwendung einer Parkscheibe. Weitere Maßnahmen, wie z. B. der Bau von Ladesäulen, wären dann zu einem späteren Zeitpunkt zu prüfen. **Herr Plaß** findet, dass dies ein guter Vorschlag ist.

**Herr Morich** befürwortet einen solchen Versuch.

**Herr Plaß** fasst zusammen, dass die Verwaltung beauftragt wird, die Voraussetzungen für ein freies Parken von Elektrofahrzeugen zu prüfen und voranzutreiben. In einer der nächsten Sitzungen soll berichtet werden, wie eine Umsetzung erfolgen kann.

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr fassen mit 8 Jastimmen und 1 Neinstimme folgenden mehrheitlichen empfehlenden

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen für ein freies Parken von Elektrofahrzeugen zu prüfen und Vorschläge zur Umsetzung einzubringen.

### **6. Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

Es liegen keine Anfragen vor.

### **7. Anregungen an die Verwaltung**

---

Es werden keine Anregungen an die Verwaltung vorgetragen.

#### **Einwohnerfragestunde**

**1. Ein Mitglied der Bürgerinitiative „Sicherer Schulweg“** verweist auf den Antrag zu Erstellung von Schulwegplänen aus der letzten Sitzung. Die Initiative würde die Verwaltung dabei sehr gerne unterstützen.

Weiterhin spricht er die seit Jahren andauernde Diskussion zu Querungshilfe in Hülptingsen an. Es gehen Schreiben hin und her, aber nichts passiert. Er stellt die Frage, ob die Stadt die Anlegung eines Fußgängerüberweges oder die Aufstellung einer Lichtsignalanlage überhaupt grundsätzlich unterstützt.

**Herr Baxmann** antwortet, dass es Regeln gibt, die zu beachten sind. Wenn diese erfüllt sind, setzt die Stadt die Maßnahme um. Derzeit sind die Voraussetzungen für die Anlegung einer Querungshilfe jedoch nicht erfüllt.

**Der Bürger** ist der Meinung, dass die Verwaltung die Anlegung einer Querungshilfe nicht unterstützt, da sie nichts unternimmt. **Herr Baxmann** widerspricht dieser Meinung. Die Verwaltung hat diversen Schriftverkehr sowie Gespräche zu dem Thema geführt und auch die Briefe der Bürgerini-

tiative wurden an die Region weitergeleitet.

Es wird der Wunsch geäußert, dass die Bürgerinitiative an den Gesprächen mit der Region teilnimmt. **Herr Baxmann** teilt mit, dass es der Initiative freigestellt ist, sich an die Region zu wenden und daraus eine rechtliche Bewertung zu ziehen. Nicht im Namen der Stadt, aber als Bürgerinitiative. Sollte seitens der Region die Zustimmung zur Anlegung einer Querungshilfe erteilt werden, so kann die Verwaltung tätig werden. Es wurden auch bereits entsprechende Haushaltsmittel eingestellt.

**Die Ausschussmitglieder** weisen übereinstimmend darauf hin, dass sehr wohl ein Beschluss zur Anlegung einer Querungshilfe gefasst wurde und dementsprechend Haushaltsmittel eingestellt wurden. Die Verwaltung ist tätig geworden und es hat diversen Schriftwechsel mit der Region gegeben. Letztendlich hängt die Umsetzung davon ab, dass die Voraussetzungen erfüllt sind und die Region die Erlaubnis erteilt. Es kann daher nicht gesagt werden, dass die Verwaltung untätig ist.

**Frau Frommelt** ergänzt, dass sichere Schulwege ein gemeinsames Ziel sind. Für Hülptingsen wurden verschiedene Vorschläge gemacht, u.a. auch Schülerlotsen oder die Verlegung der Bushaltestelle. Die Verwaltung hat die Mittel für die Umsetzung, jedoch hat die Region darüber zu entscheiden.

**Herr Plaß** stellt klar, dass die Entscheidungsgewalt bei der Region liegt. Daher beendet er die Diskussion zu dem Thema, da keine neuen Erkenntnisse vorgetragen werden.

**2. Ein weiterer Bürger** aus Hülptingsen spricht die Situation vor der Grundschule in der Gartenstraße an. Eine Vielzahl an Schülern steigt dort aus und muss zunächst die Wallgartenstraße queren, um zur Lichtsignalanlage zu kommen. Die Ampelphase ist jedoch zu kurz, um alle Schüler queren zu lassen. Er fragt nach, ob die Grünphase verlängert werden kann.

**Herr Baxmann** berichtet, dass regelmäßig Termine mit der Polizei stattfinden, in denen Gefahrenpunkte besprochen werden. Die Gartenstraße war hier bisher kein Thema. **Der Bürger** findet, dass es sich an dieser Stelle auf jeden Fall um einen Gefahrenpunkt handeln müsste.

**Herr Morich** bestätigt, dass sich morgens dort sehr viele Schüler aufhalten. Er hat sich die Situation schon mehrfach angeguckt. Es wurde mal gesagt, dass seitens der Schule eine Aufsicht die morgendliche Situation überwacht. Allerdings hat er dort nie eine Aufsicht gesehen.

**Herr Plaß** teilt mit, dass der Hinweis aufgenommen und die Verlängerung der Grünphase geprüft wird.

**3.** Zum Bericht der SHP erkundigt sich **ein Bürger**, ob auch eine Haushaltsbefragung inbegriffen ist, um die Verkehrswege zu betrachten. Dies verneint **Herr Baxmann**. Eine solche Anzahl von Bürgern zu befragen, sieht er problematisch.

**4.** Zum Umbau der Parkplätze in der Saalestraße fragt **ein Bürger**, ob die Umsetzung nun tatsächlich erfolgt. Dies wird seitens **Frau Frommelt** bejaht. Der Umbau erfolgt, wie in der Vorlage beschrieben. Weiterhin erkundigt sich **der Bürger**, ob der Zugang zum Kindergarten vom Iseweg geschlossen wird. **Frau Frommelt** antwortet, dass dies so mit der Gebäudewirtschaft abgestimmt ist und diese das an die Kindergartenleitung weitergibt.



Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin